Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3487

11. 12. 79

Sachgebiet 63

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur dritten Beratung des Haushaltsgesetzes 1980

hier: Einzelplan 25 Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
– Drucksachen 8/3100 Anlage, 8/3372 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die Wohnungs- und Städtebaupolitik neu zu ordnen und dabei die Förderungsinstrumentarien des sozialen Wohnungsbaus und der Wohngeldförderung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel so auf einander abzustimmen, daß

   — die öffentlichen Hilfen gezielter und treffsicherer den bedürftigen Bevölkerungsgruppen zugute kommen,

   — insbesondere junge und kinderreiche Familien verstärkt und zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt als bisher Wohnungseigentum erlangen können,

   — sozialwidrige Besitzstände beseitigt und von vornherein sozial unerwünschte und wirtschaftlich schädliche Fehlentwicklungen vermieden werden,

2. die gegenwärtigen Förderungsmethoden im Neubau, in der Wohnungsmodernisierung einschließlich der Maßnahmen zur Energieeinsparung und Lärmbekämpfung sowie zur städtebaulichen Sanierung und Wohnumfeldverbesserung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel so auf einander abzustimmen, daß

   — ihre Gesamteffizienz gesteigert wird,

   — die wohnungspolitischen Ziele mit den Notwendigkeiten des Städtebaus in Übereinstimmung gebracht werden,

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

— unnötige Verfahrenshemmnisse abgebaut und der Vollzug für den Bürger insgesamt überschaubar gestaltet werden,

3. die allgemeinen rechtlichen und wohnungswirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit dem Ziel zu überprüfen,

— Hemmnisse für Privatinvestitionen im Wohnungsbau abzubauen,

— die Mietbelastungen in ein sozial vertretbares und wohnungswirtschaftlich sinnvolles Verhältnis zu den Investitionen und Kosten der Bewirtschaftung zu bringen,

— die Wohnungswirtschaft insgesamt stärker in den ökonomischen Gesamtprozeßablauf einzubinden,

4. durch eine verstärkt mittel- und langfristig orientierte Planung der Bundesmittel zur Verstetigung des Baugeschehens beizutragen.

Bonn, den 11. Dezember 1979

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion